



Einhebung der ORF-Steuer sorgt für zahlreiche Probleme.

APA/HERBERT NEUBAUER/APA

ORF-Steuer: »Frau, Sohn und ich sollen zahlen!«

Betroffener klagt im oe24-Talk über Chaos

OÖ/Wien. Am Montag sorgte die AK Oberösterreich mit einer Aussendung für Aufsehen. Demnach hätten sich bereits 1.350 Personen an sie gewandt, da es bei der Einhebung der „ORF-Steuer“ – 15,30 Euro monatlich plus Landesabgabe – zu Problemen kam. Gegenüber oe24 schilderte nun ein Betroffener, wie er

fast ein Jahr lang mit dem ORF-Beitrags-Service (OBS) zu kämpfen hatte.

Brief. Angefangen habe alles im Dezember 2023. „Der ORF schickte meiner Frau ein Schreiben, dass auch ihr Haushalt die Gebühr zu zahlen habe“, so Roland Exler. Allerdings wohnen er und seine Frau im selben Haushalt. Exler ging auf die OBS-Website,

um den Fehler zu melden. Im Juli kam dann auf einmal trotzdem eine Zahlungsaufforderung. Zwei Wochen später auch noch eine Ersterhebung für seinen Sohn, der im selben Haushalt lebt und gerade 18 Jahre alt wurde.

Trotz zahlreicher Beschwerden – „bei der Hotline muss man eine halbe Stunde warten“ – erhielt seine Frau weitere Mahnungen samt Säumniszuschlägen. Sogar eine Vollstreckung wurde angedroht. Nach einem Schreiben eines Inkasso-Büros aus Linz wandte sich Exler dorthin, wo das Problem – zumindest vorerst – gelöst wurde.

Volksanwaltschaft. Der Oberösterreicher wandte sich auch an die Volksanwaltschaft, die ihm erklärte, er sei nicht der Einzige. „Die Volksanwaltschaft ist auch der Meinung, dass das eindeutig ein Problem ist“, so Exler.

Beamte: Mega-Demo in letzter Sekunde abgesagt

Einigung auf 3,5 Prozent, sozial gestaffelt



Beamtenminister Kogler und Gewerkschaft einigten sich.

APA/TOBIAS STEINHAUER

Wien. Bis zu 30.000 Menschen wurden am Dienstagnachmittag in der Wiener Innenstadt erwartet. Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) kündigte eine Großdemonstration an, um eine Nulllohnrunde etwa bei Beamten, Lehrern oder Polizisten zu verhindern. Doch so weit musste es gar nicht kommen. In einer geheimen Verhandlung, die sich bis weit über Mitternacht zog, gelang

man schlussendlich zu einer Einigung. Konkret beträgt der Abschluss 3,5% und das sozial gestaffelt. Minimal wird um 82,4 Euro erhöht, maximal um 437,8. Auch für 2026 wurde bereits eine Einigung fixiert, wo auf die Inflation noch einmal 0,3% kommen sollen.

Wahlen. Die Einigung kam auch noch rechtzeitig vor der Personalvertretungswahl im Bund, die heute startet.



 Bundesministerium Inneres

KRIMINAL PRÄVENTION 

© Gerd Pachauer

bmi.gv.at

Achtung: Taschendiebe am Christkindlmarkt

Schützen Sie sich!

- Wertsachen nah am Körper tragen
- Nur kleine Geldbeträge mitführen
- Aufmerksam bleiben!

Für mehr Infos:



ENTGELTICHE EINSCHALTUNG